

Armes Bremen leistet sich teure Provisorien

An Bremens Schulen wird es eng und enger. Neue Schulen sind geplant – doch ihr Bau wird zurückgestellt, weil es an Geld dafür im Haushalt fehlt. Für Übergangslösungen in Containern werden derweil jährlich Millionenbeträge fällig

Von Lotta Drügmöller

In Bremen fehlen Schulplätze. Das heißt, na ja: Irgendwie wird es wohl gehen, es muss ja. Die Vorlage für die Bildungsdeputation vergangene Woche zeigt es schließlich: An der Oberschule Sebaldsbrück kommen noch zwei Klassen extra unter, an der Roland zu Bremen-Oberschule in Huchting ebenfalls, und hier und da und dort auch – und am Ende wird jedes Kind in Bremen einen Schulplatz haben.

Die Schülerzahlen wachsen, gleichzeitig müssen manche Klassen kleiner werden, weil mehr Kinder einen Förderbedarf haben. Über die Stadt verteilt verlassen im Sommer 184 Klassen nach ihrem Abschluss die weiterführenden Schulen, nach den Ferien müssen dort 217 neue Klassenverbände eingerichtet werden – also 33 mehr.

Was die Überfüllung konkret heißt, weiß man an der Oberschule an der Kurt-Schumacher-Allee in der Vahr. „Kein Mauseloch“ habe er mehr, in das er Schüler*innen stecken könne, sagt Schulleiter Christian Sauter. Das habe er im November auch der Schulbehörde mitgeteilt.

Aber was heißt schon voll: Vier Klassen werden die Schule dieses Jahr verlassen. Im nächsten Schuljahr kommen sechs neue. Und, das ist schon klar: Auch im übernächsten und in den Jahren danach soll aus der ursprünglich vierzügigen eine sechszügige Schule werden.

Möglich wird das über eine Lösung, die die Schulbehörde selbst im November noch völlig ausgeschlossen hatte: Container – die bieten ausreichend Platz.

Aber die zusätzlichen Klassen der kommenden Jahre brauchen auch andere Ressourcen: Der Platz auf dem Schulhof wird enger, die Fahräume werden rechnerisch ab 2027 nicht mehr allen Klassen Raum bieten, und für den Schulsporth ist die Lage

sich jetzt desolat: Die KSA-Oberschule muss aktuell bereits Turnhallenzeiten von drei anderen Oberschulen abknapsen, damit alle unterkommen. Es braucht neues Personal für alle Fächer und in der Verwaltung und zusätzliche Anwahlprofile müssen den Schüler*innen angeboten werden. „Wir sind einfach konzeptuell auf vier Jahrgänge ausgerichtet. Jetzt auf einmal auf sechs aufzustocken, stellt alles auf den Kopf“, sagt Schulleiter Sauter.

Mit der Containerlösung ist Sauter einigermaßen glücklich: Die beste Option für eine schwierige Lage „Container sind mittlerweile so gut, viele Schüler wollen da lieber rein als in marode Klassenzimmer.“ An anderen Bremer Schulen sind laut Achim Kaschub, Vorstand der Schulleitungsvereinigung Bremen, dagegen auch schon Musiksäume aufgelöst worden, um Klassen unterzubringen.

Die Behörde allerdings hat mit den Containern eigene Maßgaben überschritten. Containerlösungen sollte es nicht mehr geben, wurde noch im Herbst den Schulen kommuniziert. Denn: Die Klassenzimmer auf Zeit müssen teuer angemietet werden.

Auswendig weiß man in der Schulbehörde gerade nicht, wie viel genau das kostet – eine Anfrage der taz von Donnerstagmorgen kann bis Montagnachmittag nicht beantwortet werden. Aber eine Anfrage des *Stadtteilkuriers* aus dem Dezember zeigt, dass sich die jährlichen Mieten für die Containerlösungen an 28 Schulen und Kitas in Bremen-Nord allein für diesen Bezirk auf jährlich sechs Millionen Euro summieren.

Die Lage wird sich in wenigen Jahren zuspielen, denn die Kinderzahlen steigen weiter. Vielleicht gelingt es dieses Jahr noch, überall Schulplätze zu reservieren“, sagt Kaschub von der Schulleitungsvereinigung. „Aber was

ist im nächsten? Und was ist im Jahr danach?“ Ein Blick auf die Grundschulen zeigt: Die vielen Vierklässler, die dieses Jahr an weiterführende Schulen abgehen, werden von noch viel mehr Erstklässlern ersetzt. Auch an den Grundschulen herrscht akuter Platzmangel. 40 zusätzliche Klassenverbände werden dort dieses Jahr eingerichtet.

Steigende Schülerzahlen gibt es auch in Hamburg. In keinem Bundesland war laut statistischem Bundesamt der Anstieg zuletzt stärker. Aber dort plant man zwischen 2019 und Mitte der 2030er-Jahre eben auch die Neugründung von 44 und die Erweiterung von rund 120 Schulen, 21 davon sind bereits gegründet. So wurden zuletzt 99 Prozent der Hamburger Schüler*innen zumindest einer

„So, wie dieses Jahr ist, können wir nächstes Jahr nich: weitermachen“
Miriam Strunge, Die Linke

ihrer drei Schulwünsche erfüllt. In Bremen bekamen zum laufenden Schuljahr 5,2 Prozent, also etwa jeder Zwanzigste, keinen Platz an einer von drei Wunschschenken.

Schulleitungsvorstand Kaschub wirft der Bremer Bildungsbehörde vor, es fehle an einer strategischen Planung auf Jahre hinaus. Dabei hat die Behörde in Bremen die Kinder nicht unbedingt übersehen. Man wusste in Teilen wohl, was kommt. Bloß: Man entschied sich trotzdem, neu geplante Schulen nicht zu bauen. Das Geld fehlt.

Huchting, ein Stadtteil im Bremer Süden mit Sozialindex, ist gleich doppelt betroffen: Für zwei neue Schulen in dem kleinen Stadtteil gibt es „eine Be schlusslage“, wie es im Behör-

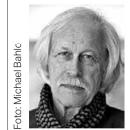
dendeutsch heißt, also: eigentlich ein Okay. Eine Grundschule und eine Oberschule sollen neu entstehen, ein Investor ist gefunden und bereit zu bauen, aber: Wann es losgehen kann, das weiß aktuell niemand.

Die Folge: Grundschulen und eine Oberschule im Stadtteil werden überbelegt. Die CDU findet das „fast nicht zu verantworten“, und ist sich dabei einig mit Abgeordneten der Regierungsfaktionen. „Die Luft ist raus“, konstatiert Linkensprecher Miriam Strunge. „So, wie es dieses Jahr ist, können wir nächstes Jahr nicht mehr weitermachen.“

Schon im Dezember mahnten Grüne und Linke eine bessere Kommunikation zwischen Schulen und Behörde und eine bessere Planung an. Aber selbst die Behördenleitung gibt den Bürgerschaftsabgeordneten recht. „Wir alle hier sind aus pädagogischen Gründen einer Meinung“, sagt Stadtrat Torsten Klime. „Wir brauchen diese neuen Schulen in Huchting.“ Aber man sei sich „mit den Haushaltspolitikern nicht einig“ geworden. Das Finanzressort weist den Vorwurf zurück: Das Bildungsressort sei selbst verantwortlich, gut zu planen und auskömmliche Mittel zu beantragen.

Immerhin: Für die Zukunft stehen ein paar Lösungsansätze im Raum. Die Pilotgesellschaft Bildungsbau soll demnächst an sechs Modellstandorten probieren, wie Bremen trotz Schuldenbremse über eine ausgelagerte Gesellschaft Kredite aufnehmen und Schulen bauen kann. Außerdem soll das Bauen billiger werden, und schneller: Standards (auch in der Energieeffizienz) werden gesetzt und statt einer individuellen Planung wie bisher können neue Schulen nur noch zwischen drei verschiedenen Modulen wählen – ein ähnliches Modell wird in Hamburg praktiziert.

Vortrag „Die Militarisierung der Republik“
Di. 4.2., 19.30 Uhr,
Scala-Kino
Lüneburg.
Eintritt frei



Rolf Gössner
*1948, ist
Jurist,
Publizist und
Bürgerrechts-
aktivist.

Foto: Michael Bahls

das wird

„Wir erleben eine kaum vorstellbare Militarisierung“

Der Bremer Bürgerrechtler Rolf Gössner kritisiert, dass von der Aufrüstung der Bundeswehr zunehmend zivile Bereiche wie die Forschung erfasst werden

Interview Wilfried Hippen

taz: Herr Gössner, welche Anzeichen gibt es für eine „Militarisierung der Republik“?

Rolf Gössner: Wollte ich alle Anzeichen aufzählen, würde es das Interview mit Sicherheit sprengen. Seit der „Zeitenwende“ erleben wir eine kaum vorstellbare Militarisierung von Politik, Staat und Gesellschaft – eine enorme Aufrüstung der Bundeswehr mit einem „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro, militärdurchwachsene Rüstungs- und Waffen-Exporte an Kriegsparteien und in akute Kriegsgebiete – inklusive Beihilfe zu mutmaßlichen Kriegsverbrechen; dann der Exekutivbeschluss zur Stationierung von US-Mittelstreckenraketen – ohne parlamentarische Legitimation. Und Bundeswehr und Republik sollen bekanntlich „kriegstüchtig“ gemacht werden – was viel mehr bedeutet als grundgesetzkonforme Verteidigungsfähigkeit. All dies zugunsten der Rüstungslobby, aber zulasten sozialer Belange und des Friedensgebots gemäß Grundgesetz.

taz: In welchem Maße wird die Rüstungsindustrie davon profitieren?

Gössner: Allein der Aktienkurs der Rüstungsschmiede „Rheinmetall“ hat sich seit 2000 verzehnfacht und die Dividenden „schießen“ durch die Decke. Auch andere Rüstungsunternehmen profitieren stark von diesem Trend – ohne absehbare Ende.

Es wirkt mitunter wie ein Kampf um die Köpfe der Bevölkerung

taz: Wie sehr beeinflusst die „Militarisierung der Köpfe“ Bildung und Wissenschaft in unserer Gesellschaft?

Gössner: „Zeitenwende“ und „Kriegstüchtigkeit“ erfassen zunehmend zivile Bereiche, darunter eben auch Bildung, Wissenschaft und Forschung; und nicht zu vergessen: die ideologisch-politischen und medialen Begleitmanöver. Es wirkt mitunter wie ein Kampf um die Köpfe der Bevölkerung, die sich noch überwiegend skeptisch bis abweisend zeigt, wenn auch mit rückläufiger Tendenz.

taz: Können Sie Beispiele dafür nennen, wie der Bildungssektor in diesem Sinne verändert wird?

Gössner: 2024 ist in Bayern das „Bundeswehrfördergesetz“ in Kraft getreten, mit dem eine Militarisierung des Bildungs- und Wissenschaftsbereichs vorangetrieben wird. So werden Schulen, Hochschulen, Unis und Forschungseinrichtungen angehalten, teils verpflichtet, enger mit der Bundeswehr zu kooperieren. Eine Beschränkung der Forschung auf rein zivile Nutzung, wie sie sogenannte Zivilklauseln regeln, ist nun gesetzlich verboten. Forschungsergebnisse sollen nun auch für militärische Zwecke genutzt werden. Schulen sollen „im Rahmen politischer Bildung“ enger mit Jugendoffizieren zusammenarbeiten sowie zur „beruflichen Orientierung“ mit Karriereberatern der Bundeswehr. Womöglich werden andere Bundesländer diesem Pilotprojekt folgen, worauf manches hindeutet.

taz: Sie wurden unter anderem vom DGB eingeladen. Glauben Sie, dass Widerstand gegen diese Entwicklungen von den Gewerkschaften organisiert werden könnte?

Gössner: Angesichts dieser Militarisierung mit ihren Gefahren für die Gesellschaft ist es, auch vor dem Hintergrund deutscher Geschichte, mehr als angezeigt, darüber aufzuklären und sich organisatorisch zur Wehr zu setzen – auch vonseiten der Gewerkschaften. So hat etwa die GEW eine Popularklage vor dem bayerischen Verfassungsgericht initiiert, mit der das Militärfördergesetz zu Fall gebracht werden soll – unter Beteiligung von DFG-VK und fast 200 Personen des öffentlichen Lebens. Weil ich die Klage für aussichtsreich halte, beteilige ich mich daran. Dieses Gesetz dürfte unverhältnismäßig in Wissenschafts-, Lehr- und Forschungsfreiheit sowie in die Hochschul-Autonomie eingreifen. Und es dürfte gegen Indoktrinierungsverbot und Gewissensfreiheit an Schulen verstößen.



Teure Notlösung:
Schulcontainer
Foto: Eckhard
Stengel/Imago